

# Inhalt

<i>Peter Jankowitsch</i>	2
<i>Selma Ashipala-Musavyi</i>	4
Zum Geleit	
<i>Walter Sauer</i>	
Historischer Überblick	7
<i>Andreas Burghofer</i>	
Nachhaltigkeit in Namibia	17
<i>Herbert Jauch</i>	
Zwanzig Jahre Namibia	26
<i>Astrid Esterlus</i>	
Die Österreichische Namibia-Gesellschaft heute	34
The Austrian-Namibian Friendship Society today	37

# Zum Geleit



Namibia wird heute in den österreichischen Medien nur selten zum Thema. Es ist kaum vorstellbar, mit welcher Begeisterung, Spannung, aber auch Kontroverse die internationale Öffentlichkeit 1989/90 den Übergang einer der letzten Kolonien Afrikas in die Unabhängigkeit verfolgte. Am 21. März 1990 war es endlich soweit: Um Mitternacht wurde die Fahne Südafrikas im Stadium von Windhoek eingeholt, diejenige Namibias zum ersten Mal gehisst. Seit zwanzig Jahren ist es nun eine frei und demokratisch gewählte namibische Regierung Namibias, die den Kurs der Politik ihres Landes bestimmt.

In einer Zeit, in der das übliche Bild Afrikas von Pessimismus, Krisenstimmung, Bürgerkriegsszenarien oder der HIV/Aids-Pandemie gekennzeichnet ist, stellt Namibia ein Gegenbeispiel dar, das meines Erachtens zu wenig Aufmerksamkeit findet: Ein Land, in dem Friede und nationale Versöhnung eingeleitet sind an Stelle eines vielfach befürchteten Blutbads zwischen Schwarz und Weiß; ein Land, das trotz einer leidvollen Geschichte von Völkermord und

Apartheid heute Demokratie und Menschenrechte zu leben versucht; ein Land, in dem das schwere soziale Erbe von Kolonialismus und Rassendiskriminierung mit aktiven Reformen im Bildungs- und Gesundheitsbereich überwunden werden soll.

Das Vorhaben, ein Namibia zu bauen, in dem Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit herrschen, ist mit Schwierigkeiten behaftet, nicht selten waren auch Rückschläge zu verzeichnen. Umso notwendiger ist heute wie damals die internationale Solidarität. Dafür engagiert sich ebenfalls seit zwanzig Jahren die Österreichische Namibia-Gesellschaft, die ich seit jeher – damals noch als Mitglied des Nationalrates und auch der Bundesregierung – unterstütze. Möge diese Festschrift dazu beitragen, das österreichische Interesse an Namibia in Wirtschaft, Tourismus und Politik zu verstärken – bei Einzelpersonen, Entwicklungsorganisationen oder politischen Entscheidungsträgern, in deren Verantwortung nicht zuletzt die namibische Bitte um Abschluss eines Kooperationsabkommens liegt.

*Bundesminister a.D. Dr. Peter Jankowitsch  
Ehrenpräsident der Österreichischen Namibia-Gesellschaft*



Political like social or economic relations are not spontaneous or self-sustaining. They are cultivated and need to be consistently nurtured to withstand conflict. The same applies to relations between states. On the 21 March 2010, Namibia will mark the 20<sup>th</sup> Anniversary of nationhood. The culmination of our independence was the selfless sacrifices of the sons and daughters of Namibia and the all-round support and acceptance by the international community.

In Austria, the voices of anti-apartheid rang loud and clear for the support of the people of Namibia in their quest for independence and thus the interaction between Namibia and Austria goes beyond 1990. There is a vivid imprint of Austria on the diplomatic struggle for Namibia's independence. The former Secretary-General of the United Nations, Dr. Kurt Waldheim saw legitimacy in Namibia's decolonization and helped galvanise the world community of nations in favour of Namibia's independence.

The members of the anti-apartheid movement and support groups in Austria understood well that apartheid colonialism does not end with a stroke of a pen and that the country's efforts for reconstruction and sustainable development

will need to be complemented. It is the sum total of this realization that gave rise to the Austria-Namibia Friendship Society. Austria participated in the United Nations Transition Assistance Group (UNTAG). Namibia established diplomatic relations with Austria soon after independence and opened its diplomatic presence in Vienna with the assistance of the government of Austria. Namibia attaches great importance to the excellent bilateral relations with Austria, hence we upgraded our diplomatic status in Vienna to a full residential Embassy in August 2006.

Whereas Austria and Namibia belongs to the European Union and SADC, respectively, we see merit in strengthening bilateral cooperation. Our political relations are sound but much more can still be done to increase trade and investment between the two countries. The people to people contacts are growing, especially in the area of education. Among all the sectors, it is tourism that is doing better. Austria today is Namibia's 2<sup>nd</sup> largest source market for tourism.

In 2008, the two countries signed the Agreement on the Protection of Investment. While the bilateral cooperation framework between Namibia and Austria does not exist, the Embassy continues to engage the Austrian Federal governments at various levels, as well as the private sector and civil society. With the combined efforts of the embassy and the active support of our Honorary Consuls in Austria, we are beginning to tap into the opportunities in Austria.

The Austria-Namibia Friendship Society has been an indispensable partner in promoting bilateral cooperation between Namibia and Austria. The professional expertise of the Austrian members of the Society, their knowledge of the operational environment, longstanding engagement with Namibia and continued

commitment to see bilateral cooperation between Namibia and Austria flourish reinforce our efforts in maximizing the benefits we derive from engaging Austria. As Namibia continues to forge ahead with the implementation of National Development Programmes for the achievement of the objectives of Vision 2030, we stand ready to continue to strengthen our cooperation for mutual benefit of our two countries and people.

***Selma Ashipala-Musavyi***  
***Ambassador of the Republic of Namibia to Austria***

# Historischer Überblick

Die Besiedlungsgeschichte des unwirtlichen Territoriums im südwestlichen Afrika reicht lange zurück. Bemalte Steinfiguren von Tieren und Menschen, die von deutschen Forschern in einer Grotte im Süden gefunden wurden, dürften bis zu 28.000 Jahre alt sein. Das Alter der berühmten Felsmalereien Namibias, z. B. jener von Twyfelfontein (Weltkulturerbe) oder im Brandbergmassiv, wird auf bis zu 5.000 Jahre geschätzt. Geschaffen wurden diese Kunstwerke mit ihrer vermutlich religiösen Bedeutung von Gesellschaften, die vor allem von der Jagd und von Sammelaktivität lebten, also den Vorfahren der heutigen Minderheit der San.

Wesentlich später, vermutlich zwischen 1.000 und 1.500 n. Chr., wanderten bantusprachige Menschen, aus Zentralafrika kommend, in das Gebiet des heutigen Namibia ein. Im Gegensatz zu den einheimischen San beschränkte sich ihre Wirtschaftsform nicht nur auf die Jagd und das Sammeln von Früch-

ten, sondern schloss auch (nomadisierende) Viehzucht mit ein; ihre Gesellschaft war somit nicht nur besser und vielfältiger ernährt, sondern auch mobiler, was ihr eine Überlegenheit gegenüber den ursprünglichen Bewohnern verschaffte. Im Verlauf der Zeit kristallisierten sich drei Untergruppen heraus: die („roten“) Herero in Zentralnamibia, die Mbanderu („grünen Herero“) im Osten sowie die Himba im Nordwesten des Landes, die bis heute vieles von ihrer traditionellen nomadischen Lebensart bewahren.

Nördlich und südlich des Kunene – heute Grenzfluss zwischen Angola und Namibia –, einem gut bewässerten und fruchtbaren Gebiet, siedelten sich bantusprachige Ackerbauern an, die Ovambo. In dieser Region entstanden mehrere Königreiche, deren Herrscher u. a. die durchziehenden Handelsstrassen sowie die Salzpflanzen kontrollierten und somit einen gewissen Wohlstand erreichten.

Ab dem 17. Jahrhundert wanderten von Süden her khoisansprachige Bevölkerungsgruppen ein, die ebenfalls über Viehzucht verfügten und durch die Expansion der holländischen Farmer am Kap vertrieben worden waren.

Über Gesellschaft und Wirtschaft dieser sog. Nama sind wir v. a. durch die Berichte des deutschen Forschers Peter Kolb, der 1705-13 im heutigen Namibia lebte, unterrichtet. Anfang des 19. Jahrhunderts drängten weitere, modern bewaffnete Nama-Gruppen aus Südafrika nach, die Oorlam.

Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich auf dem Gebiet des heutigen Namibia somit eine markante Besiedlungs- und Gesellschaftsstruktur gefestigt. Im Norden befanden sich die Ovambo-Königreiche, zu deren bedeutendsten Persönlichkeiten König Haimbili ya-Haufiku von Uukwanyama zählt, der fast fünfzig Jahre regierte (ca. 1811-58). Das fruchtbare Weidegebiet im Zentralraum okkupierten die Herero unter der politischen Führung von Maharero. Der restliche Landesteil schließlich, von Ai Gams (heute Windhoek) aus bis zur südafrikanischen Grenze weit im Süden, stand den Nama bzw. Oorlam zur Ver-

fügung, deren bedeutender Anführer, Jonker Afrikaner, sich durch die Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur einen Namen machte.

Am 9. Jänner 1858 schlossen die wichtigsten politischen Führer der Volksgruppen in Zentral- und Süd-Namibia in Hoachanas einen Bündnisvertrag ab, der u. a. jährliche Konsultationen und gemeinsame Prinzipien im Umgang mit den zahlreicher werdenden europäischen Händlern und Missionaren vorsah.

## **Hundert Jahre Kolonie**

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts war es immer wieder zu europäischen Versuchen gekommen, das grossflächige Land zwischen den Wüsten Namib und Kalahari mittels Handel und Mission zu durchdringen. Vor allem deutschen protestantischen Missionaren gelang es mit Erlaubnis der einheimischen Herrscher, sich im Landesinneren festzusetzen (1844 Gründung von Otjikango [Grossbarmen], 1849 von Otjimbingwe). Angesichts zunehmenden Widerstandes der einheimischen Bevölkerung gegen den europäischen Einfluss appellierten die Missionare wiederholt an das ver-



einigte Deutschland, Truppen zu ihrem Schutz zu entsenden; in Teilen der deutschen Öffentlichkeit fiel dies auf fruchtbaren Boden.

Parallel dazu „erwarb“ 1883 ein Beauftragter der Firma Lüderitz in Bremen unter zwielichtigen Umständen die Bucht von Angra Pequena (heute Lüderitzbucht) samt anschließendem Hinterland; 1884 stellte Bismarck diese „erste deutsche Kolonie“ unter den Schutz des wilhelminischen Reiches. Mehrere antikoloniale Aufstände wurden in den folgenden Jahren von deutschen Truppen in monate- und jahrelangen Kämpfen niedergeworfen. Den traurigen Höhepunkt bildete 1904-07 der Krieg gegen die Nama und Herero, in dessen Verlauf der Großteil der letzteren dadurch zugrunde ging, dass sie dem Tod in der wasserlosen Halbwüste ausgeliefert wurde.

Der Aufbau einer Musterkolonie „Deutsch-Südwestafrika“, deren Weideland deutschen Siedlern zugeschanzt wurde und in der 1907 Diamanten entdeckt wurden, währte freilich nur wenige Jahre. Denn während des Ersten Weltkriegs wurde Südwestafrika 1915 von Südafrika okkupiert. Vier Jahre spä-

ter betraute der Genfer Völkerbund die Südafrikanische Union mit einem Verwaltungsmandat. Damit endete der deutsche Traum vom Kolonialreich in Afrika.

### **Diskriminierung und Apartheid in Namibia**

Als Mandatsmacht fiel Südafrika theoretisch die Aufgabe zu, das Territorium „im Einklang mit den Interessen der einheimischen Bevölkerung“ zu verwalten und Vorbereitungen für eine spätere Unabhängigkeit zu treffen. Faktisch wurde Südwestafrika von den weißen Politikern Südafrikas jedoch nur als „fünfte Provinz“ betrachtet. Ab 1920 wurden nach südafrikanischem Vorbild Bestimmungen über Zwangsarbeit erlassen und wurde das Pass-System eingeführt, demzufolge die etwa eineinhalb Millionen Schwarzen für das Verlassen der ihnen zugewiesenen Wohngebiete eine Genehmigung brauchten. Die alltägliche Separation zwischen den (etwas hunderttausend) „Weißen“ und den (etwa eineinhalb Millionen) „Schwarzen“ wurde verstärkt, oppositionelle Bestrebungen nationalistischer und sozialer Art unterdrückt. Während britisch-südafrikani-

sches Kapital von Windhoek aus den industriellen Abbau der Bodenschätze intensivierte und deutsche Farmer und Firmen weiterhin den landwirtschaftlichen Sektor dominierten, wurden die politischen Entscheidungen in Pretoria und Kapstadt getroffen.

Ab 1964, auf Basis des sogenannten Odendaal-Plans, begann Südafrika auch das Reservatssystem auf Namibia zu übertragen. Zehn (willkürlich „rassisch“ klassifizierte) schwarze Volksgruppen des Landes wurden in ebenso viele „Homelands“ zusammengefasst, die insgesamt etwa einem Drittel der Fläche des Landes entsprechen; das fruchtbare Ackerland, die Uran- und Diamantenminen, die Städte und Naturparks hingegen sollten unter weißer Kontrolle verbleiben.

Im Gleichklang mit den zunehmenden Protesten in Südafrika gegen die Politik der Rassendiskriminierung wuchs auch in Namibia der Widerstand. Am 10. Dezember 1959 endete eine Demonstration gegen die Zwangsumsiedlung der schwarzen Bevölkerung Windhoeks ins Ghetto von Katutura in einem Massaker durch die Polizei. Nach dieser einschneidenden Erfahrung vereinigen sich

im April 1960 die wichtigsten oppositionellen Organisationen des Landes zur South West African People's Organisation, der SWAPO, die den Kampf um nationale Selbstbestimmung und um eine demokratische Gesellschaft auf eine neue Basis stellte. Zunächst geschah dies mit rein friedlichen Mitteln, ab 1966 begann die SWAPO mit der Aufstellung einer Befreiungsarmee (der People's Liberation Army / PLAN). 1973 wurde die SWAPO von den Vereinten Nationen als die authentische Vertreterin des namibischen Volkes anerkannt.

Je mehr sich allerdings die antikolonialen Aktionen verstärkten, desto härter wurden auch die Schikanen. Hermann Toivo ja Toivo und andere politische Führer wurden inhaftiert und zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt, andere – wie SWAPO-Präsident Sam Nujoma – mussten ins Ausland flüchten. Schließlich machten über hunderttausend südafrikanische Soldaten die Kolonie gleichsam zum Militärcamp. Vier Fünftel der Bevölkerung standen ab 1977 unter Ausnahmerecht. Militärische Spezialeinheiten, vor allem die südafrikanische Elitetruppe „Koevoet“ („Breachstange“), führten ein Regime des

Terrors, an die hunderttausend Namibier/innen sahen sich gezwungen, in die Nachbarländer zu flüchten.

## **Die Rolle der UNO**

1945 hatte die Organisation der Vereinten Nationen das Erbe des Völkerbunds angetreten und damit auch die Verantwortung für die ehemaligen Mandatsterritorien übernommen. Wiederholt forderte die UNO Südafrika auf, Namibia in die politische Unabhängigkeit zu entlassen – vergeblich. 1966, als sich die Situation auch im Inneren des Landes zugespitzt hatte, wurde dem Apartheid-Staat das Mandat zur Verwaltung entzogen und bis zur Unabhängigkeitsvergabe einer internationalen Behörde, dem UN-Rat für Namibia, übertragen. Südafrika zog seine Behörden und Truppen dennoch nicht ab.

1971 erklärte der Internationale Gerichtshof Südafrikas Präsenz in Namibia für illegal.

Nach langwierigen diplomatischen Verhandlungen verabschiedete der UN-Sicherheitsrat 1978 den sogenannten „Waldheim-Plan“ für die Unabhängigkeit Namibias, die Resolution 435. Nach

Abschließung eines Waffenstillstands zwischen der südafrikanischen Armee und der SWAPO sowie einem teilweisen Truppenabzug der Südafrikaner sollte es demnach zu freien Wahlen unter militärischer und ziviler UNO-Aufsicht kommen.

Jedem Beobachter der Lage war klar, dass die SWAPO aus solchen Wahlen mit einem klaren Sieg hervorgehen würde; daher Südafrikas Bestreben, das Inkrafttreten des UNO-Plans zu verzögern. Weiters wurde – anstatt Vorbereitungen für die Unabhängigkeit des Landes zu treffen – der Aufbau apartheidreuer (weißer und schwarzer) Parteien gefördert. Ende der siebziger Jahre und wieder ab 1985 wurde diesen sogar eingeschränkte „Regierungsgewalt“ unter südafrikanischer Aufsicht übertragen.

Durch weitgestreute Propagandamaßnahmen versuchte die südafrikanische Regierung, politische und wirtschaftliche Unterstützung für diese sogenannte „Interims-Lösung“ zu finden. Im Besonderen wurde die „Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA)“, eine Gruppierung diverser politischer Parteien auf ethnischer Basis, propagiert.

Immer stärker setzte das Apartheid-Regime auf die militärische Karte: Seit 1975 wurde Angola mehrmals zum Angriffsziel der in Namibia stationierten südafrikanischen Truppen. Zugleich sahen sich auch die anderen Frontstaaten (vor allem Moçambique, aber auch Zimbabwe, Zambia und Lesotho) von südafrikanischen Destabilisierungsmaßnahmen betroffen.

### **Die Umsetzung von Resolution 435**

Erst nach massivem internationalen Druck (selektive Sanktionen der westlichen Industrieländer 1985/86) und im Anschluss an eine massive militärische Niederlage der südafrikanischen Armee in Südafrika 1988 sah sich das Apartheid-Regime veranlasst, der Umsetzung von Resolution 435 zuzustimmen. Am 22. Dezember 1988 wurde in New York ein Grundsatzvertrag zwischen Südafrika, Angola und Kuba über „Frieden im Südwesten Afrikas“ unterzeichnet. In ihm wurden der Beginn des Übergangs Namibias in die Unabhängigkeit gemäß Resolution 435 mit 1. April 1989, die Abhaltung freier Wahlen unter Beteiligung der SWAPO mit 1. November 1989 sowie ein begleitender Rückzug der in Angola stationierten kubanischen Solda-

ten festgelegt. Damit war die Befreiung der letzten Kolonie Afrikas in unmittelbare Nähe gerückt.

Während zivile und polizeiliche Kräfte der Vereinten Nationen (die sogenannte UNTAG) den Übergangsprozess des Landes vom südafrikanischen Kolonialregime zur Unabhängigkeit begleiteten, kehrten die exilierte Führung der Befreiungsbewegung SWAPO sowie tausende Flüchtlinge nach Namibia zurück. Trotz massiver Eingriffe von südafrikanischer Seite in den Wahlkampf (so wurde im September 1989 der weiße SWAPO-Funktionär und Bruno Kreisky-Menschenrechtspreisträger Anton Lubowski ermordet), fiel das Wahlergebnis zur Verfassunggebenden Versammlung Anfang November sehr deutlich aus: Von den 72 zu vergebenen Mandaten gingen 41 an die SWAPO, 21 an die Demokratische Turnhallenallianz, vier an die United Democratic Front of Namibia und der Rest an Kleinparteien. SWAPO hatte damit die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten erhalten, nicht jedoch die erhoffte Zweidrittelmehrheit.

Die Bedeutung der ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte Nami-

bias vom November 1989 kann nicht hoch genug veranschlagt werden: Das namibische Volk hatte in ihnen einem Jahrhundert Kolonialismus und sieben Jahrzehnten Apartheidpolitik eine klare Absage erteilt. Mit überwältigender Mehrheit hatte es sich für Unabhängigkeit und Freiheit, zugleich aber für politischen Pluralismus und Versöhnung ausgesprochen. Nicht wenige politische Beobachter sahen darin ein Signal für Südafrika, wo im Februar 1990 mit der Legalisierung des African National Congress (ANC) und der Freilassung Nelson Mandelas der politische Prozess zur Abschaffung des Apartheidsystem begann.

Nach wenigen Monaten wurde von der Verfassunggebenden Versammlung in Windhoek die neue Verfassung Namibias einstimmig verabschiedet. Sie untersagt jede Form von Rassendiskriminierung und Apartheid. SWAPO-Führer Sam Nujoma wurde zum ersten Präsidenten des Landes gewählt, eine Koalitionsregierung von SWAPO, UDF und parteiungebundenen weißen Fachleuten gebildet.

Am 21. März 1990 wurde in einer feierlichen Zeremonie im Stadium von

Windhoek die südafrikanische Fahne eingeholt. Die unabhängige Republik Namibia war gegründet.

### **Zwei Jahrzehnte Unabhängigkeit: Namibia heute**

Die neue Regierung sah sich allerdings vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Nicht nur mussten die materiellen und immateriellen Schäden des Krieges vor allem im Norden beseitigt werden, es galt vielmehr auch, die politischen und weltanschaulichen Polarisierungen der Vergangenheit zu überwinden. Im Zeichen einer Politik der nationalen Versöhnung sollte der weissen Bevölkerungsminderheit die Integration in das neue politische System ermöglicht werden. Dies setzte zwar den Verlust der bisherigen Privilegien (so auch der Sonderstellung der afrikaansen und der deutschen Sprache) voraus, garantierte zugleich aber die Gewährleistung gleicher politischer Rechte, inklusiver der Aufnahme weißer Demokraten in die Regierung. Gleichzeitig forderte die bisher benachteiligte Mehrheit der Bevölkerung die Bewältigung der katastrophalen Folgen von Kolonialismus und Apartheid – eine Landreform zur Förderung kleiner und mittlerer

schwarzer Bauern, den Aufbau eines funktionierenden Bildungs- und Gesundheitssystems und nicht zuletzt die Schaffung von Arbeitsplätzen, um die hohe Arbeitslosigkeit zu verringern.

Heute, zwanzig Jahre nach der Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit, kann im Prinzip eine positive Bilanz gezogen werden, auch wenn so manche politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen noch unbewältigt geblieben sind.

Staats- und demokratiepolitisch hat sich das unabhängige Namibia als stabil und gefestigt erwiesen – der 1990 von vielen vorhergesagte „Bürgerkrieg der Schwarzen untereinander“ hat sich als negative Propaganda erwiesen. Mehrparteiendemokratie, Presse- und Meinungsfreiheit sowie Marktwirtschaft bestehen nicht nur auf dem Papier der Verfassung, sondern auch in der Praxis.

An die Stelle der früheren „Homelands“ ist eine neue Provinzgliederung getreten, ein neues Kommunalgesetz wurde geschaffen, auf dessen Basis vor allem im Norden neue Gemeinden mit demokratischer Selbstverwaltung entstanden sind.

Bei den alle fünf Jahre abgehaltenen und von internationalen Beobachtern jeweils als „frei und fair“ beurteilten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen konnte die regierende SWAPO die 1989 knapp verfehlte Zweidrittelmehrheit im Parlament erlangen und festigen; zuletzt erreichte sie im November 2009 knapp über 74% der Stimmen (54 Mandate). Die seinerzeit unter südafrikanischer Patronanz so hoch bewertete DTA rangiert heute bei etwas über 3%; neue Oppositionsparteien entstanden mit dem Congress of Democrats (CoD) und der Rally for Democracy and Progress (RDP) aus den Reihen der SWAPO selbst; letztere erhielt bei den letzten Wahlen auf Anhieb über 11% und acht Sitze im Parlament.

Vor allem in den Aufbau leistungsfähiger und der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehender Gesundheits- und Bildungsstrukturen wurden riesige Investitionen getätigt. Die Anzahl der Schulen, Gesundheitsposten und Spitäler hat sich seit 1990 vervielfacht. Auf niedrigem Niveau wurde eine Altersversorgung eingeführt. Diese positiven sozialen Reformen führten allerdings zu einer starken Belastung des Staatsbudgets, die einnahmenseitig nicht wirk-

lich ausgeglichen werden konnte; die Steuererträge sind gering, was teils auf die fortbestehende Armut großer Bevölkerungsteile, teils auf die verspätet erfolgte Einführung einer Grundsteuer für die (meist weißen) Großgrundbesitzer zurückzuführen ist, die noch nicht voll zum Tragen gekommen ist. Auch die nach wie vor hohen Ausgaben für das Militär – begründet vor allem durch das Engagement im Kongo Ende der 1990er Jahre – belasten das Budget erheblich.

Wirtschaftlich verfügt Namibia über eine Reihe exportfähiger Produkte (im Lebensmittelbereich sind dies u. a. Fleisch, Fisch oder Wein, bei den Mineralien Uran, Diamanten und Kupfer). Neben Südafrika, mit dem das Land in der Southern African Customs Union (SACU) verbunden ist, ist die Europäische Union der Haupthandelspartner. Zollfreien Exporten in die EU steht allerdings die zum Teil bereits erfolgte Öffnung des kleinen namibischen Marktes für EU-Importe gegenüber, die zur Schwächung bestimmter Produktionszweige und zu entsprechenden Arbeitsplatzverlusten geführt hat. Erfolge beim Aufbau einer exportorientierten Industrie sind gering; die Hoffnung, mittels einer malaysischen Großinvestition im Textil-

sektor („Ramatex“) den US-Markt zu erschließen, ist wegen Schließung der Fabrik durch den Konzern nach einigen steuerfreien Jahren sogar spektakulär gescheitert. Einen wichtigen Beitrag zum Bruttosozialprodukt leistet dagegen der Tourismus, dessen Zunahme aus ökologischen Gründen allerdings in Grenzen gehalten wird.

Gemessen am Bruttosozialprodukt zählt Namibia zu den Ländern mittleren Einkommens und weist somit höhere Durchschnittswerte als viele andere afrikanische Staaten auf. Die Verteilungsgerechtigkeit im Land selbst ist jedoch immer noch sehr gering. Eine kleinen reichen Elite (mittlerweile nicht mehr nur weißer Hautfarbe) steht eine verarmte Mehrheit (in der Regel schwarzer Hautfarbe) gegenüber. Dies hängt mit den geringen Erfolgen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der verarbeitenden Industrie zusammen, aber auch mit der verzögert und nur symbolisch in Angriff genommenen Landreform. Sie hat das Ausmaß der ländlichen Armut bis dato kaum verringert.

Ausschlaggebend dafür ist eine stabilitätspolitische Rücksichtnahme auf die

Interessen der wirtschaftlich und politisch einflussreichen Farmer, die gleichzeitig jedoch zu sozialer Unzufriedenheit und somit mittelfristig zu Stabilitätsproblemen Anlass gibt. Angesichts der für die nächsten Jahre zu erwartenden Ablöse der regierenden „Gründungsväter und -mütter“ Namibias bietet dies einer jüngeren Politikergeneration Gelegenheit zur Bewährung, erfordert zugleich aber auch Engagement und Unterstützung.

*Walter Sauer*



# Nachhaltigkeit in Namibia

Nach der Schließung der Zinnmine Uis am Rande der Wüste Namib, nahe dem Brandberg, dem höchsten Gebirgsmassiv Namibias, zogen die leitenden Angestellten und Techniker der Minengesellschaft weg und überließen die blühenden Gärten vor ihren Häusern der sengenden Sonne. Bald waren von dem zuvor liebevoll bewässerten Grün nur noch braune Gerippe übrig - mit einer Ausnahme: Den Köcherbäumen, einer für die Wüsten Namibias charakteristischen Baumaloe, konnte die Trockenheit nichts anhaben.

Was für die Geisterstadt Uis im Kleinen galt, ist auch für Namibia insgesamt gültig: Die von den Europäern nach Namibia mitgebrachte Wirtschaftsweise ist nur ausnahmsweise den dort herrschenden Bedingungen angepasst. Im Regelfall ist es eher ein Wirtschaften gegen die Natur, das, wie historische Untersuchungen zeigen, bereits zu schweren ökologischen Schäden geführt hat.

Dabei gehört Namibia nicht im eigentlichen Sinne zu den Ländern mit Wassermangel: Dank der großen Fläche und der niedrigen Bevölkerungsdichte ist die Wassermenge, die pro Einwohner zur Verfügung steht, größer als in vielen Mittelmeerländern. Allerdings ist die (potentielle) Verdunstung überall größer als der Niederschlag, und die Niederschläge sind von Jahr zu Jahr höchst variabel.

Letzteres führt dazu, dass die auf dem europäischen Konzept des Grundbesitzes basierende Form der Bewirtschaftung den natürlichen Begebenheiten unangepasst ist. Die Viehzüchter der vorkolonialen Zeit haben das Problem durch eine nomadische Wirtschaftsweise gelöst: Die Viehherden wurden dorthin getrieben, wo reichlich Regen gefallen war. Die Europäer versuchten das Problem zu umgehen, indem sehr große Farmen errichtet wurden, auf denen es immer irgendwo ausreichend Niederschläge gibt.

Dieser Ansatz stößt auf verschiedene Probleme. Eines davon hat mit der starken Verdunstung zu tun: Die Bodenfeuchte in oberflächlichen Schichten verschwindet nach Niederschlägen schnell. Dadurch haben tiefwurzeln Pflanzen tendenziell einen Wachstumsvorteil. Tiefwurzler sind aber als Wiedepflanzen für ‚europäische‘ Nutztiere weniger geeignet, einerseits, weil es sich oft um dornenbewehrte Büsche handelt, andererseits, weil tiefwurzeln Gräser einen großen Teil ihrer Energie in die Wurzelbildung investieren.

Werden die flachwurzeln Gräser nach Regenfällen zu stark beweidet, kann in der nächsten Regenzeit ein größerer Teil des Wassers in tiefere Bodenschichten eindringen und das Gleichgewicht kippt. Die Tragfähigkeit der Böden im ökonomischen Sinne sinkt dramatisch. Verschiedene NGOs und Farmer versuchen, das Verbuschungs-Problem durch Produktion von Holzkohle in den Griff zu bekommen. Holzkohle aus Akazien ist selbst in Europa fürs Grillen gefragt, und in der namibischen Goldmine Navachab wird Aktivkohle aus Akazienholz für die Extraktion des Goldes verwendet.

Ein anderes Problem entsteht vielerorts durch die Errichtung zahlreicher künstlicher Brunnen: Kühe können eben nur geringe Distanzen von ihren Futterplätzen zu den Wasserstellen zurücklegen. Dies führt zu einer großflächigen Absenkung des Grundwassers, durch die sowohl die Bedingungen für die Pflanzenwelt, als auch für die Wildtiere geändert wurden. Durch die Absiedelung von Farmen im Rahmen der ‚Homeland‘-Politik während der südafrikanischen Besatzung wurde dieser Prozess in Teilen Namibias aufgehalten, ohne allerdings für die afrikanischen Völker eine Entwicklungsperspektive zu bieten, die nachhaltiger gewesen wäre.

Eine weitere Herausforderung für die europäischen Farmen ist der sich abzeichnende Klimawandel, der auch Namibia betrifft und, wenn man den Klimamodellen glauben darf, zu einer noch stärkeren Variabilität der Niederschläge und noch höherer Verdunstung führen wird. Beides bewirkt, dass künftig noch größere Flächen pro Farm nötig sein würden, um zumindest ein Mindestmaß an Niederschlags-Sicherheit zu garantieren.

Davon betroffen ist auch das Thema Landreform, das in Namibia politisch brisant ist: Gemeinhin wird das Scheitern von Initiativen zur Umverteilung auf mangelnde land-wirtschaftliche Erfahrung oder Ausbildung der neuen Farmer zurückgeführt. Im Falle Namibias gilt dies aber nur in geringem Maße: Eine Umverteilung im klassischen Sinne ist aus den erwähnten Gründen schlicht unmöglich. Wenn diese funktionieren soll, müssen völlig andere Bewirtschaftungsmodelle entwickelt werden.

In jüngster Vergangenheit ist das auch geschehen, aber in einem gänzlich anderen Kontext, nämlich zur nachhaltigen Entwicklung der bereits erwähnten ehemaligen ‚Homelands‘. Das Stichwort dafür ist 'Conservancies', genossenschaftsartige Projekte, bei denen die Erhaltung von Traditionen, angepasster Tourismus und Naturschutz im Mittelpunkt stehen. Zu den ersten derartigen Conservancies gehörte die Nyae Nyae Foundation im ehemaligen Buschmann-Land, die wegen der Attraktivität des Themas ‚San‘ viel internationale Unterstützung fand, zugleich aber auch vor einer sehr schwierigen Aufgabe stand, die Anforderungen des modernen

Geschäftslebens mit der traditionellen Lebensweise der San zu verbinden. Dies gelang etwa durch Jagd-Tourismus, da die San als erstklassige Fährtenleser gelten und es daher für viele Trophäen-Jäger ein zusätzlicher Nervenkitzel ist, sich auf traditionelle ‚Buschmann‘-Weise an die Jagdbeute anzupirschen.

Die Erfolge dieses Konzeptes sind inzwischen beeindruckend, wenn auch nicht uneingeschränkt nachhaltig, etwa wenn für Fly-In-Safaris Landepisten bei entlegenen Dörfern gebaut werden.

Auch kommerzielle Farmer haben Jagdtourismus als ökologisch angepasstere und wirtschaftlich tragfähige Form der Bewirtschaftung entdeckt: Derartige Jagdfarmen wenden sich an wohlhabende Touristen, die für den Abschuss afrikanischer Tiere eine Menge Geld zahlen. Der ökologische Vorteil dieser Form der Bewirtschaftung ist evident: Die Wildhege erlaubt eine naturnahere Gestaltung des Ökosystems, etwa durch wenige zentrale Brunnen, um die herum sich der Beweidungsdruck graduell verändert und damit eine vielfältige Abfolge verschiedener Vegetationszonen erzeugt.

Wasser ist jedoch nicht nur ein Thema für Landwirtschaft und Umwelt. Namibia hat ein ausgefeiltes System von Dämmen, Brunnen und Wasserleitungen, die dafür sorgen, dass die Wasserversorgung der Städte überraschend zuverlässig ist. Das ist eine Voraussetzung für die Tourismusentwicklung wie auch für Industrie. Davon profitieren aber auch die Einwohner der früheren Townships, die verglichen mit anderen afrikanischen Staaten ein hohes Maß an Versorgungssicherheit genießen. Der Preis dafür sind Großprojekte wie der Northern Water Carrier sowie Stauseen, die enorme Verdunstungsverluste (um die 2 Meter pro Jahr) haben. Der Wasserverbrauch ist seit der Unabhängigkeit drastisch angestiegen und hat nach wie vor zweistellige Zuwachsraten.

Da wassersparende Maßnahmen für die Industrie am leichtesten zu finanzieren sind, hat zum Beispiel Walvis Bay ein Tarifsysteem eingeführt, das dem Gewerbe hohe Wasserpreise vorschreibt. Hintergrund dafür ist die zunehmende Versalzung des Grundwassers unter der Hafenstadt: Durch übermäßige Wasserentnahme während der vergangenen Jahrzehnte ist das Meerwasser mehrere

hundert Meter ins Landesinnere vorgezogen und hat dort unter anderem die Bestände der eßbaren und nur in dieser Region wachsenden !Nara-Melonen stark dezimiert. Andere industrielle Prestigeprojekte, wie die inzwischen geschlossene malaysische Textilfirma RAMATEX bei Katutura erhielten hingegen staatlich subventioniertes Wasser, was auch ein Grund für den stark steigenden Verbrauch in der Region Windhoek ist.

Die Wasserversorgung basiert zum Teil auf Aquiferen, die aus den Nachbarländern kommen. Am Oranje River an der Südgrenze werden im großen Stil Weintrauben angebaut, die im Spätwinter an europäische Konsumenten verkauft werden. Wegen der immer dramatischer werdenden Situation in Lesotho und Südafrika wird der Oranje aber wohl bald das Schicksal des Jordan teilen und zum Rinnsal verkommen. Auch die in Angola entspringenden Flüsse Kunene, Okavango, Chobe und Zambesi dürften so wie das Grundwassersystem unter dem Owamboland künftig immer weniger reichlich sprudeln. Neben den erwähnten Folgen des Klimawandels ist das auf einen steigenden Wasserverbrauch in Südafrika

zurückzuführen, wo der jahrzehntelange Bürgerkrieg die Entwicklung bis vor kurzem zum Stillstand gebracht hatte. Entnahmen aus dem Zambesi, der auf absehbare Zeit die größte Wasserführung haben wird, sind wegen der völkerrechtlich bindenden Verträge für den Kariba- und den Cabora Bassa-Staudamm nur sehr bedingt möglich. Ausreichend Ersatz für die gefährdeten Quellen wird schwierig zu finden sein.

Am Wasser hängt auch ein Teil der Stromversorgung Namibias, nämlich am Wasserkraftwerk Ruacana. Der Kunene, der das größte Gefälle und damit Energiepotential aller Flüsse in Namibia hat, dürfte aber auch am stärksten von der langfristigen Verringerung der Wasserführung betroffen sein. Umgekehrt verbraucht das Hinaufpumpen großer Wassermengen ins Hochland von Windhoek einen beträchtlichen Teil der namibischen Stromproduktion. Alternativen zur Stromerzeugung aus Wasserkraft gibt es im Grunde reichlich: Dezentral wird bereits seit zwei Jahrzehnten Solarstrom erzeugt, der bisher sehr teuer war. Durch den drastischen Preisverfall bei Solarzellen in den vergangenen zwei Jahren, könnte Namibia noch in diesem Jahrzehnt zu einem Groß-

produzenten von Solarstrom werden. Im Süden Namibias wurde ein großes Offshore-Erdgasfeld entdeckt, das am wirtschaftlichsten zur Stromerzeugung genutzt werden könnte. Da Erdgas relativ geringe CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht und ein neues Kraftwerk die effizientesten am Markt verfügbaren Technologien einsetzen könnte, wäre dies auch vernünftig, um die derzeitigen Importe südafrikanischen Kohle-Stroms zu ersetzen und Namibias Klimabilanz zu verbessern. Weiters gibt es derzeit etliche Projekte zur Nutzung von Windenergie und Wellenenergie im Küstenbereich.

Ebenfalls zu den bedeutenden Wasserverbrauchern gehören Teile des namibischen Bergbaus. Zur Erinnerung: Namibia ist Standort einer der größten Uranminen der Welt, der Rössing-Mine, und entwickelt derzeit gleich drei weitere Uranvorkommen. Da es sich in diesen Fällen um niedrigprozentige Erze handelt, muss das Uran in einem wasserintensiven Prozess extrahiert werden. Das gleiche gilt für den Navachab-Goldbergbau bei Karibib.

Der Wasserverbrauch ist indes nur ein Aspekt der Folgen des Bergbaus. In

Tsumeb war es ein Tabuthema, die lokale Schwermetallverschmutzung durch die Bleimineralien anzusprechen. Wie unschwer zu erraten hat auch der Uranbergbau mit Umweltproblemen zu kämpfen, einerseits, weil nicht nur Uran, sondern auch giftige Schwermetalle im Zuge des Laugungsprozesses aus dem Gestein gelöst werden, andererseits, weil in den Uranmineralien auch die radioaktiven Zerfallsprodukte des Urans wie Radium oder Polonium enthalten sind. Beim Goldbergbau wird wiederum Zyanid eingesetzt, das zwar im Klima von Karibib rasch zersetzt wird, aber dabei trotzdem giftige Arsenverbindungen und Schwermetallsalze freisetzt.

Ein ganz anderes Umweltproblem verursacht der Diamantenbergbau im Offshore-Bereich im Süden des Landes. Ursprünglich wurden die Diamanten in der Wüste Namib gesucht, wo die Vorkommen aber erschöpft sind. Jetzt wird im Küstenbereich und seit einigen Jahren offshore gearbeitet. Dabei wird der Sand mit einer Art Staubsauger bis zum Felsgrund entfernt, da die spezifisch schwereren Diamanten in den untersten Sandschichten angereichert werden. Um die Diamanten abzutrennen wird deren lipophile, das heißt ölan-

ziehende Eigenschaft genutzt. Durch dieses Verfahren wird daher nicht nur die Struktur des Meeresbodens vollständig zerstört, es entsteht auch eine weithin sichtbare Trübung durch die Feinfraktionen des aufgesaugten und gewaschenen Sandes.

Dies ist jedoch nicht der einzige und wohl auch nicht der wichtigste Grund für den seit Jahrzehnten beobachteten Niedergang der Fischbestände in der See vor Namibia. Die Region gehört zu den produktivsten Fischgründen der Welt, da dort nährstoffreiches, kaltes Tiefenwasser an die Oberfläche tritt. Da kaltes Wasser mehr Kohlendioxid und Sauerstoff lösen kann als warmes, wachsen sowohl Algen als auch tierische Lebewesen außerordentlich gut.

In den 80er-Jahren führten Meeresbiologen die Probleme auf die Überfischung durch ausländische Fangflotten zurück: Die Besatzungsmacht Südafrika hatte damals die Fischereirechte meistbietend an Firmen aus Übersee, auch aus Europa verschachert. Nach einem Jahrzehnt umfangreicher Schutzbemühungen ist das Gleichgewicht noch immer gestört: Während die Quallenpopulation massiv zugenommen hat, er-

holen sich die Fischgründe nicht. Die namibische Fischereiindustrie macht dafür die Robbenkolonien verantwortlich. Ein gemeinsames Forschungsprojekt mit Südafrika und Angola erbrachte Hinweise auf Auswirkungen des Klimawandels, durch den auch der nährstoffreiche Benguela-Strom beeinflusst wird. So hat die Tiefenwasserbildung im Nordatlantik wegen des Schmelzens der grönländischen Gletscher massiv abgenommen, und dies könnte anderenorts das ‚Upwelling‘ von Tiefenwasser stören. Eine andere Erklärung haben Meeresökologen: Demnach hat sich durch die Bevölkerungsexplosion bei den Quallen ein neuer Gleichgewichtszustand eingestellt, da die Quallen sich unter anderem von Jungfischen ernähren.

In jedem Falle zeigt das Beispiel, dass eine unbedachte Übernutzung von Ressourcen unerwartete Auswirkungen haben kann. Eine Erkenntnis, die auch die derzeit boomende Tourismusbranche im Auge behalten muss. Namibia hat in mancher Hinsicht frühzeitig Maßnahmen gegen eine Zerstörung von deren Grundlagen gesetzt. So wird schon seit den Tagen der Unabhängigkeit die Unsitte von Vierradfahrern, quer durch

die Wüste zu kurven und dadurch die Landschaft zu verunstalten wie auch die äußerst langsam wachsenden Wüstpflanzen zu zerstören, bekämpft. Auch die in anderen Ländern verbreitete Landschaftsverhandlung durch Hotelblöcke findet man in Namibia kaum.

Dessen ungeachtet haben touristische Einrichtungen unvermeidlich Folgen. Da Namibia dünn besiedelt ist, ist der Flächenverbrauch weniger relevant, sehr wohl jedoch der Wasserverbrauch der Touristen, der ein Mehrfaches desjenigen der einheimischen Bevölkerung beträgt, sowie der Energieverbrauch, vor allem im Verkehrssektor. Für ein Land, das alle Mineralölprodukte importieren muss und kaum Potential für die Biotreibstoffproduktion hat, ist das ein bedeutender ökonomischer Faktor. So gehört Namibia gegenwärtig zu den Ländern, deren Treibhausgas-Emissionen übermäßig wachsen.

Andererseits dürfen die positiven Auswirkungen des Tourismus auf die Erhaltung und den Ausbau der Nationalparks nicht vergessen werden. Erst kürzlich wurde der Namib-Naukluft-Park um den nördlichen Bereich des ‚Sperrgebietes‘, jenes Wüstenareales, das

wegen der früheren Diamantenvorkommen für Normalsterbliche unzugänglich war, erweitert. Im Bereich des Oranje-Flusses wurde der Fisch-River-Canon mit Schutzgebieten in Südafrika zum grenzüberschreitenden Gondwana-Park vereinigt. Ähnliche Projekte gibt es an der Nordgrenze zu Angola zwischen dem Skelettküsten-Park und dem Iona-Nationalpark im Süden Angolas und an der Grenze zu Botswana und Sambia. Auch innerhalb Namibias werden Nationalparks miteinander verbunden, um den Großtieren ihre alten Migrationsrouten wieder zu öffnen, so die Verbindung zwischen Etoscha- und Skelettküsten-Park.

Der Schutz und die Verwaltung der Nationalparks wird derzeit durch ein Projekt des namibischen Umweltministeriums, SPAN, weiter verbessert. Zu den Problemen, die sich den Nationalpark-Managern stellen, gehören so komplexe Fragen wie die Vermarktung von Elfenbein. Im südlichen Afrika und insbesondere in Namibia haben die Elefantenbestände so stark zugenommen, dass im Interesse eines Gleichgewichtes mit anderem Großwild eine kontrollierte Bejagung erfolgen muss. Die Republik Namibia sitzt auf Elfen-

bein-Vorräten von rund 50 Tonnen, deren Lagerung und Bewachung derzeit nur Kosten verursacht. Daher tritt Namibia im Rahmen der CITES-Verhandlungen seit Jahren dafür ein, einen kontrollierten Elfenbein-Handel zu erlauben, um mit den Einnahmen Naturschutzaktivitäten zu finanzieren.

Für den Tourismus sind auch die Küstenregionen von großer Bedeutung. So werden zunehmend Wal-Safaris angeboten und Sportfischern erlaubt, spektakuläre Arten wie den Kupferhai nach dem ‚catch-and-release‘-System zu fangen. Diese Art vermehrt sich so langsam, dass keine andere nachhaltige Form der Nutzung möglich ist.

Ebenfalls positiv hat sich der Tourismus auf die Bemühungen zur Müllentsorgung ausgewirkt. In einem dünn besiedelten Land wie Namibia ist die Müllentsorgung und insbesondere Recycling ein relativ teures Unterfangen. Nichtsdestotrotz ist Wertstoffrecycling in Namibia, wohl auch durch die engen Kontakte nach Deutschland weit verbreitet, und die Müllentsorgung entspricht weitgehend europäischen Standards. Trotzdem haben Umweltschützer seit Jahren auch immer wieder diesel-



ben Kritikpunkte: So ist es in Namibia fast unmöglich, die Supermärkte daran zu hindern, alles in (kostenlose) Plastiksäcke zu verpacken. Ein weiteres Plastikmüllproblem verursachen die Wasserflaschen, da, wer es sich leisten kann, Trinkwasser in Flaschen kauft, obgleich Leitungswasser generell von guter Qualität ist.

Namibia gehört, trotz der AIDS-Epidemie, zu den Ländern mit sehr hohen Geburtenraten. Es werden daher in den kommenden Jahrzehnten sehr viele junge Leute Arbeit suchen. Bereits jetzt ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch, und es wird großer Anstrengungen bedürfen, diese Herausforderung zu lösen, ohne die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu zerstören.

*Andreas Burghofer*

# Zwanzig Jahre postkoloniale Entwicklung

Heute, da Namibia die ersten zwanzig Jahre seiner Unabhängigkeit feiert, ist es vielleicht auch an der Zeit, eine breitere Bewertung seiner Errungenschaften und Herausforderungen vorzunehmen und dabei auch die strukturellen Beschränkungen einzubeziehen, die eine ziemlich verzerrte Verteilung von Reichtum und Einkommen aufrechterhalten. In den vergangenen zwanzig Jahren fanden in Namibia relativ friedliche Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, wenngleich einige politische Parteien Rechtsverstöße und Betrug während der Wahlen von 2009 behaupteten. Im großen und ganzen allerdings blieben die namibischen Wahlkampagnen in Bezug auf wesentliche Fragen belanglos.

Entscheidende Herausforderungen wie Massenarbeitslosigkeit, Armut oder Ungleichheit wurden von den politischen

Parteien lediglich als Nebensache behandelt. Sogar dann, wenn man ihnen eine Plattform zur Präsentation ihrer Ideen anbot, blieben sie in Alltagsweisheiten gefangen und schießen unfähig, über den Tellerrand hinaus zu denken.

Die wesentlichen Herausforderungen jedoch, denen Namibia ausgesetzt ist, sind struktureller Natur und werden nicht einfach so verschwinden. Die Arbeitslosenquote hat nach den letzten verfügbaren Daten im Jahr 2008 51% erreicht. Angesichts der berichteten Entlassungen von Ende 2008 und 2009 kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass die Arbeitslosenquote nun über 55% liegt. Unlängst wies der stellvertretende Jugendminister darauf hin, dass jedes Jahr ca. 30.000 Namibier die Schule und die tertiären Bildungseinrichtungen verlassen, während

nur ca. 9.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der neueste Human Development Report des UNDP von 2009 wies darauf hin, dass Namibia heutzutage das Land mit der höchsten Einkommensungleichheit weltweit ist. Diese Zahlen lassen eine fundamentale Krise erkennen.

Der Gouverneur der Bank of Namibia, Tom Alweendo, forderte daher einen „Paradigmenwechsel“ ein, um die in Vision 2030 dargelegten Entwicklungsziele der Regierung erreichen zu können. Während der letzten zwanzig Jahre hat Namibia die wirtschaftlichen Strukturen unverändert belassen und seine Hoffnung auf Entwicklung auf marktgetriebene Initiativen und private – vor allem ausländische – Investitionen gesetzt. Obwohl man das erreichte, was mainstream- Ökonomen als „makroökonomische Stabilität“ mit relativ niedrigen Inflationsraten, niedrigen Defizits und einem moderaten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beschreiben würden, ist der soziale Fortschritt langsam geblieben. Alweendo hat sicherlich Recht, wenn er darauf hinweist, dass Vision 2030 auf dem bisherigen Weg nicht erreicht werden kann.

Welche alternativen Optionen aber gibt es? Die letzten 20 Jahre haben deutlich gezeigt, dass Ungleichheit und Massenarbeitslosigkeit weiterhin existieren werden, wenn nicht entscheidende Korrekturen unternommen werden. Dabei sind Namibias entwicklungspolitische Herausforderungen keineswegs singular, sondern bestehen vielfach ebenso für unsere Nachbarn in der Southern African Development Community und in Afrika insgesamt. Daher sind regionale und kontinentale Ansätze zur Findung von Lösungen viel versprechend.

Eines der umfassendsten alternativen Repertoires von Vorschlägen zur Politik ist in dem Buch Alternatives to Neo-Liberalism in Southern Africa (ANSA) enthalten, hervorgegangen aus einer Initiative von Arbeiterbewegungen, Aktivistinnen und Akademikern aus der SADC-Region. Das Buch setzt auf die Erfahrungen Afrikas der vergangenen 30 Jahre und empfiehlt eine „autozentrische Entwicklung“, basierend auf der Erfüllung von lokalen menschlichen Bedürfnissen und der Nutzung lokaler Ressourcen. ANSA tritt für eine dynamische, partizipatorische Demokratie ein, für eine basisgeleitete regionale Integration sowie für eine selektive Ent-

koppelung von der globalen Ökonomie, um günstigere Bedingungen für die Entwicklung Afrikas zu schaffen. ANSA empfiehlt außerdem die Gründung neuer, fortschrittlicher Allianzen auf dem Kontinent und auf globaler Ebene sowie neue Ansätze in Wissenschaft, Technologie, Erziehung und Geschlechterbeziehungen.

ANSA weist ferner darauf hin, daß systematische Förderungen für die informelle Wirtschaft angeboten werden müssen, welche gegenwärtig für das Überleben der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung im Südlichen Afrika sorgt.

Freilich ist die Veränderung von wirtschaftspolitischen Strategien, Strukturen und Zugangsweisen nicht nur eine Sache der „guten Ideen“, sondern erfordert politisches Handeln. Dieses ist nicht von vornherein zu erwarten, weil hier etablierte Interessen eine Rolle spielen. Seine Rolle und Orientierung sind abhängig von dem Kräftegleichgewicht in der Gesellschaft, und daher liegt die Aufgabe für Menschen an der Basis darin, die existierenden Staaten in unabhängige, wirklich auf Entwicklung hin ausgerichtete, verantwortungsbewusste Staaten zu verwandeln.

Der wesentlichste Schritt in diesem Prozess ist es, eine Bewegung von unten aufzubauen, welche den Staat prägen kann. Wie in anderen afrikanischen Staaten, so wurden auch in Namibia die stärksten gesellschaftlichen Organisationen wie die Studenten- oder die Gewerkschaftsbewegung in hohem Ausmaß demobilisiert. Das war möglich wegen des Vertrauens, das solche Bewegungen in die Befreiungsbewegungen hatten, als diese zu den Regierungen der unabhängigen Staaten wurden. In den meisten Fällen jedoch wurden die Hoffnungen und Sehnsüchte der Bevölkerungsmehrheit enttäuscht, während die herrschenden Parteien die politische Kontrolle behielten.

Auf der anderen Seite gewannen die meisten gesellschaftlichen Massenbewegungen die Stärke, die sie während der „Tage des Kampfes“ gehabt hatten, nie wieder zurück. Sie stehen daher jetzt vor der Aufgabe, eine Bewegung wieder aufzubauen. Sie wissen, dass jede ernsthafte Initiative, um das gegenwärtige Entwicklungsparadigma zu verändern, politische Bewusstseinsbildung und Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung (einschließlich der Arbeiter, Kleinbauern und der Arbeitslosen) an

der Basis erfordert. Solch eine Mobilisierung muss auf einem klaren Verständnis der gegenwärtigen Krise und der Möglichkeiten für eine alternative Entwicklungsstrategie basieren.

Basismobilisierung muss ein ständiges Engagement mit dem Staat beinhalten, um ihn in einen ethischen, verantwortlichen und entwicklungspolitisch ausgerichteten Staat zu verwandeln, der im Interesse der arbeitenden Menschen handelt und nicht im Interesse derer, die ANSA „das Imperium“ nennt (d.h. Organisationen, welche die Interessen der Industriestaaten und des globalen Kapitals vertreten wie die G8, die Welthandelsorganisationen, der Internationale Währungsfond, die Weltbank etc.).

Und weil es für individuelle Länder wie Namibia nahezu unmöglich ist, dem Druck des „Imperiums“ aus eigenem zu widerstehen, ist es eine Notwendigkeit, einen effektiven regionalen Block im Südlichen Afrika zu errichten, der ein höheres Niveau an Selbständigkeit und Selbstbestimmung erreichen kann. ANSA zieht drei grundlegende Elemente in Betracht, auf die eine alternative Entwicklungsstrategie gegründet werden muss. Diese sind:

- der „soziale Faktor“: wie sind die grundlegenden Menschenrechte der Leute abgesichert und wie werden sozial verletzbar Menschen vor Armut und Ausbeutung geschützt;
- der „demokratische Faktor“: wie funktioniert das politische System, wie fallen Entscheidungen, wie werden Ressourcen und Chancen verteilt und wie werden Gerechtigkeit und Fairness erreicht;
- der „globale Faktor“: wie arbeitet das System auf globalem Niveau, wie fallen dort Entscheidungen und wie werden sie umgesetzt, wie werden globale Ressourcen kontrolliert und verteilt, wie betrifft dieses globale System Afrika.

Eine alternative Strategie muss sich mit allen drei Faktoren gleichzeitig befassen. Sie kann nicht erfolgreich sein, ohne Menschenrechte für alle, ohne freie politische Teilnahme oder ohne eine faire Verteilung der Ressourcen. Eine alternative Strategie kann auch nicht erfolgreich sein, ohne den Einfluss des „Imperiums“ auf globalem Niveau zu begrenzen. Daher verlangt ANSA die Förderung von sozialen und demokratischen Faktoren, welche die materiellen und sozialen Bedürfnisse der arbei-

tenden Bevölkerung erfüllen und ein Regierungssystem schaffen, das demokratisch und rechenschaftspflichtig ist. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, Eingriffe des „Imperiums“ durch die globale Akteure wie den IWF oder die Weltbank auszuschalten (oder zumindest zu minimieren).

Entwicklung bezieht sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern muss auch Menschenrechte, Gemeinschaftsrechte und das Recht auf nationale und regionale Selbstbestimmung mit einbeziehen. Sie befasst sich auch mit Themen wie Gleichheit und Fairness bei der Verteilung der Ressourcen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene. Die Förderung sozialer Dienstleistungen wie Wasser, Energie, Gesundheit und Erziehung kann nicht für alle garantiert werden, solange diese den Kräften des Marktes überlassen werden. Soziale Leistungen sind keine geeigneten Materien für Privatisierung, da sie Teil der grundlegenden Menschenrechte sind und Staaten die Verantwortung haben, sie für das ganze Volk sicherzustellen.

Der Staat muß daher entwicklungspolitisch, ethisch sowie verantwortungs-

voll und dem Volk gegenüber verantwortlich sein.

Entwicklung muss zu einem besseren Leben der arbeitenden Bevölkerung führen und zur Beseitigung von Armut. Dies kann nur erreicht werden, wenn sie auf der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte basiert, welche beinhalten:

- politische oder zivile Rechte (auch bekannt als „blaue Rechte“)
- ökonomische Rechte (auch bekannt als „rote Rechte“)
- soziale and kulturelle Rechte (auch bekannt als „grüne Rechte“). ANSA argumentiert, dass all diese Rechte zu jeder Zeit gesichert und verteidigt werden müssen und dass es keinen Kompromiss geben darf, z. B. dass nur die politischen Rechte garantiert sind, während die ökonomischen Rechte verletzt werden.

Alle Menschenrechte ernst zu nehmen bedeutet, die Verteilung von Wohlstand und Einkommen in unserer Gesellschaft anzugehen.

ANSA empfiehlt einen umgebungsorientierten Zugang zu den Menschen-

rechten, weil diese nicht einfach nur individuelle Rechte sind, sondern auch Gemeinschafts- und nationale Rechte beinhalten. Wichtige Aspekte sind das Recht auf nationale Selbstbestimmung (wie in der Charta der Vereinten Nationen verankert) und das Recht der lokalen Gemeinschaften, ihre eigenen Lebensstile und Lebensgestaltung zu entwickeln.

Nach 20 Jahren Unabhängigkeit weist die namibische Wirtschaft noch immer alle Kennzeichen einer klassischen neokolonialen Ökonomie auf. Ihr Export besteht hauptsächlich aus unverarbeiteten (oder halb verarbeiteten) Mineralien, Diamanten und Fischen, während die große Mehrzahl an Konsumgütern weiterhin importiert werden. Namibias frühere Kolonialmacht, Südafrika, ist immer noch für einen hohen Prozentsatz der Importe verantwortlich, in den letzten Jahren stiegen jedoch auch die Einfuhren aus China und aus Europa.

Die vorgeschlagenen Economic Partnership Agreements der Europäischen Union (EPAs) werden von der namibischen Regierung weiterhin abgelehnt, weil sie Namibia noch stärker für Produkte und Dienstleistungen europäi-

scher Konzerne öffnen und eine mehr inlandszentrierte Entwicklung fast unmöglich machen würden.

Namibias wirtschaftliche Schlüsselressourcen wie Land, Mineralien und Fisch stehen immer noch zu einem großen Teil unter der Kontrolle ausländischer Konzerne und Personen, weshalb die Unabhängigkeit Namibias nur als eine teilweise gekennzeichnet werden kann. Ökonomische Unabhängigkeit ist zweifellos noch ein weit entfernter Traum, solange Namibia nicht entscheidene Schritte unternimmt, um lokale Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes zu ermutigen und zu fördern mit dem Ziel, ihre Erträge der Bevölkerungsmehrheit und nicht nur ausgewählten Wenigen zugänglich zu machen.

Eine wesentliche Strategie in Bezug auf Arbeitsplatzschaffung und wirtschaftliche Entwicklung muss in diesem Zusammenhang die systematische Förderung von verarbeitender Industrie sein. Diese muss in eine regionale Strategie zur Schaffung mehr weiterzeugender Produktionsketten eingebettet sein. Ausgangspunkt dafür wird eine vorrangige Nutzung von lokalen Rohstoffen ebenso wie die Förderung lokaler

Anbieter sein müssen, um Konsumentenbedürfnisse an Nahrungsmitteln, Kleidung, Möbeln und anderen grundlegenden Gütern zu befriedigen. Maßnahmen wie die Verpflichtung von Großhändlern, einen zunehmenden Anteil ihrer Güter und Dienstleistungen lokal zu beziehen, sind Schritte in die richtige Richtung – und Namibia hat begonnen, solche Schritte zu setzen.

Ein anderer Schlüsselaspekt ist es, die Abhängigkeit von ausländischem Kapital zu reduzieren, und im Umgang mit ausländischen Investoren sehr selektiv vorzugehen. Einige südostasiatische Länder haben in dieser Hinsicht gute Beispiele gegeben und dadurch gezeigt, dass eine kohärente Industrialisierungsstrategie zum Transfer von Qualifikation und Technologie bei gleichzeitiger Herausbildung lokaler Kapazitäten führen kann.

Ideen wie diese, verbunden mit Maßnahmen einer Umverteilung zur Verringerung der Lohnunterschiede und mit der Einführung eines Grundeinkommens (Basic Income Grant/BIG) stehen zweifellos gegen die neoliberalen Ideologie der Globalisierung. Namibia und seine afrikanischen Nachbarn werden

daher strategisch überlegen müssen, wie afrikanische Zusammenarbeit am besten sinnvoll verstärkt werden und wie man sich gleichzeitig selektiv von jenen Aspekten der Globalisierung entkoppeln kann, die eine inlandszentrierte Entwicklung und die Transformation von Afrikas neokolonialer Entwicklung verhindern. Die Machtposition derjenigen, welche den derzeitigen Globalisierungsprozess vorantreiben – wie der Transnationalen Konzerne und ihrer Verbündeten auf Regierungsebene (G8) oder der Weltbank und der WTO –, wird in Frage gestellt werden müssen, um globale Bedingungen herstellen zu können, die für das Erreichen sozialer Gerechtigkeit und für die Überwindung von Armut und Massenarbeitslosigkeit besser geeignet sind. Daher werden neue progressive Allianzen geschaffen werden müssen, während man für die erforderlichen Veränderungen auf nationaler und regionaler Ebene kämpft.

Es besteht eine dringende Notwendigkeit, die mitgliederorientierten Organisationen der Arbeiterklasse in Namibia – und in Afrika generell – wiederzubeleben und dem berühmten Motto der moçambikanischen Revolutionäre A luta continua („Der Kampf geht weiter“) eine



neue Bedeutung zu geben. Der Kernpunkt ist, dass Kampf ein tägliches Geschäft ist, ein fortwährender Prozess. Der Kampf um grundlegende Dienstleistungen, zum Beispiel, ist ein Teil dieses alltäglichen Kampfes. Wenn Regierungen Dienstleistungen zum persönlichen Nutzen der Elite oder unter dem Druck des IWF, der Weltbank oder der EZA-Geber privatisieren, so beeinflussen sie das Leben der Menschen sofort und nicht erst zu einem Zeitpunkt in der Zukunft. In Ghana und Südafrika zum Beispiel haben Organisationen auf Gemeindeebene den Kampf gegen die Privatisierung des Wassers aufgenommen. Dies sind Kämpfe, die heute ausgetragen werden müssen, und sie sind entscheidend, um den Weg für noch wesentlichere Änderungen zu bereiten, welche notwendig sind zur Überwindung von Ausgrenzung, Armut und Ungleichheit.

*Herbert Jauch (Windhoek)*

*Ein Lächeln ist die kürzeste Distanz  
zwischen zwei Menschen*

# **Die Österreichische Namibia- Gesellschaft heute**

Mit der Unabhängigkeit der Republik Namibia von Südafrika am 21. März 1990 und der damit verbundenen Aufhebung der Apartheidpolitik hat sich das Vereinsziel der Österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung erfüllt. Eine aktualisierte Form der Solidarität mit dem neuen Staat bot sich in der Gründung einer Freundschaftsgesellschaft an. Sie ist verankert im österreichischen Dachverband PaN (Partner aller Nationen) und von beiden Regierungen anerkannt. Die Österreichische Namibia-Gesellschaft arbeitet in enger Gemeinschaft mit dem Dokumentations- und Kooperationszentrum für das Südliche Afrika (SADOCC, Southern Africa Documenta-

tion and Cooperation Centre). Viermal jährlich veröffentlicht SADOCC das Magazin INDABA, in dem auch Namibia regelmäßig thematisiert wird. Die Mitgliedschaft bei der ÖNG beinhaltet auch den Erhalt von INDABA.

Die ÖNG hat sich eine möglichst breite Zusammenarbeit mit dem unabhängigen Namibia zum Ziel gesetzt und tritt für die wirtschaftliche und soziale Unterstützung des Aufbaus einer demokratischen, sozial gerechten Gesellschaft ein. Darüber hinaus wollen wir über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozesse in Namibia und über deren Bedeutung für das gesamte

Südliche Afrika umfassend, authentisch und objektiv informieren.

Insbesondere tritt die ÖNG für die Beibehaltung der Entwicklungs-zusammenarbeit mit Namibia und den Auf- und Ausbau der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit ein sowie für alle anderen Maßnahmen, die eine eigenständige Entwicklung Namibias sowie den Ausbau der österreichisch-namibischen Beziehungen fördern.

Mittlerweile sind die guten Beziehungen der ÖNG zu den namibischen Geschäftsträgern in Wien zur Tradition gewordenen. Die Umwandlung in eine Botschaft brachte die Betreuung von elf zusätzlichen Staaten des östlichen Europa mit sich. Weiters ist Namibia ständig in der UNO (-City) vertreten.

Regelmäßige Besprechungen mit der Botschafterin dienen dem Informationsaustausch. Ein jährlicher Fixpunkt ist der gemeinsame Heurigenbesuch. Hier können auf informelle Weise Fragen gestellt werden, die sonst vielleicht unausgesprochen blieben. Die Stimmung ist als freundschaftlich und herzlich zu bezeichnen.

In Zusammenarbeit mit SADOCC/Forum Südliches Afrika lädt die ÖNG immer wieder Referenten aus Namibia ein bzw. organisiert Vorträge und Veranstaltungen zu den verschiedensten Themenbereichen im Zusammenhang mit Namibia. Im Jahr 2007 konnte durch Mittel der Austrian Development Agency (ADA) die Vortragstour eines Mitarbeiters des namibischen Umweltministeriums durch Österreich zum Thema „100 Jahre Nationalparks in Namibia“ organisiert werden. Im Jubiläumsjahr 2010 stehen wieder mehrere Events auf dem Programm. Eine Fotoausstellung zeigt z. B. „Frauen im unabhängigen Namibia“. Mit einer Lesung von Texten namibischer Autoren anlässlich der PaN-Preisverleihung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wird eine Annäherung an das – in Österreich leider noch weitgehend unbekannt – Land versucht.

Durch eine Informationsveranstaltung im Wiener Rathaus im Oktober 2010 tritt die ÖNG erstmals an eine weitaus breitere Öffentlichkeit als bisher.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Kontakten auf wirtschaft-

licher Basis. Empfehlungen oder auch nur die richtigen Hinweise von Freunden können manchmal bekanntlich Tür und Tor öffnen.

Weitere Aktivitäten im Sinne einer breiten Vielfalt stehen für die Mitglieder in Österreich in Planung. Themenschwerpunkte für kommende Veranstaltungen sind z. B. der südliche Sternenhimmel (HESS-Teleskop in Namibia) in Zusammenarbeit mit der Universitätssternwarte, Pflanzen des Südlichen Afrika (Wüstenhaus in Schönbrunn), Vogel Strauß – Besuch einer Straußenfarm in Niederösterreich etc. Darüber hinaus werden Wirtschafts- und Sozialthemen vorrangig behandelt; so veranstalteten wir anlässlich des 20. Unabhängigkeitsjubiläums im März 2010 einen Vortrag über namibische Wirtschaftspolitik.

Die ÖNG ist bemüht, eine Kontaktstelle in Namibia aufzubauen. Sie soll einen schnelleren Informationsaustausch gewährleisten und auch Themen abseits der ohnehin relativ leicht erhältlichen Zeitungsmeldungen aufgreifen. Kleinere Informationsveranstaltungen über Österreich könnten das Profil vor Ort schärfen und Raum für Kontakte bieten.

Ideen und Unterstützung jeglicher Art sind herzlich willkommen.

*Astrid Esterlus*

A smile is the shortest distance  
between two human beings

# **The Austrian- Namibian Friendship- Society today**

After gaining independence from South Africa and ending its apartheid-policy, Namibia turned to democracy and became a free Republic. As a result the purpose of the former Anti-Apartheid-Movement became unnecessary. The Austrian-Namibian Friendship-Society (Österreichische Namibia-Gesellschaft ÖNG) was founded in 1990 to continue our solidarity with Namibia. We are a member in the umbrella organisation PaN (Partner aller Nationen, partner of all nations) and are accepted by the Austrian as well as the Namibian government. The Austrian-Namibian Friendship-Society works together with

the Southern Africa Documentation and Cooperation Centre SADOCC. There is a quarterly magazine INDABA published by SADOCC which regularly deals with Namibian subjects. Members of ÖNG automatically subscribe to the INDABA-magazine. The aim of the Austrian-Namibian Friendship-Society is to long-term support Namibia's economic and social development associated with a democratic and socially fair society. Furthermore, we want to inform our members and other interested people about political, economical, social and cultural developments in Namibia including the impact of the whole Southern African region. The informations should be extensive, authentic and impartial. In particular the ÖNG defends the continued development cooperation with Namibia, including the areas of politics, economy, science and cultural issues. Promoted are all procedures to execute self-contained progression of the Namibian Republic and the further bilateral relations to Austria. By now, the good and friendly contacts to the Namibian chargé d'affaires have become a good tradition. The permanent mission at the UN in Vienna and the upgrading to an Embassy was a great enhancement.

Periodic meetings with the ambassador facilitate an exchange of information. One annual highlight is a get-together at a „Heurigen“, a traditional Viennese wine tavern. There one can ask questions in a casual way, which would not be done in a formal situation. The get-together takes place in an atmosphere of friendship. In cooperation with SADOCC the Austrian-Namibian Friendship-Society occasionally invites guest speakers from Namibia and organizes lectures and events on various topics. In 2007 it was possible to bring a staff member from the Namibian Ministry of Environment and to arrange a lecture tour through Austria to deal with „100 years national parks in Namibia“. Now we are planning several events to coincide with Namibia's 20<sup>th</sup> independence anniversary. There will be an exhibition with photographs showing „Women of independent Namibia“. When receiving an award from the Ministry of foreign affairs (PaN-Preis) an actress will read samples of texts written by Namibian authors. With an informative event in the cityhall of Vienna in October 2010 the ÖNG will present itself to a broader public. Another focal point is the encouragement of business contacts.

References by friends can often open doors. Other key activities for people living in Austria living are events like lectures on the Southern skies ( HESS-Teleskope in Namibia) in cooperation with the observatory of the University of Vienna, the flora of Southern Africa (greenhouse for dessertplants in Schönbrunn, Vienna), visit at an ostrichfarm in eastern Austria, etc. Furthermore we will present economic and social topics, such as a lecture about economic alternatives in Namibia after 20 years of independence. The Austrian-Namibian Friendship-Society tries to establish a contact point in Namibia. This should ensure a speedy information exchange, and include different sources apart from the newspapers one can read through internet. This contact point in Namibia could also be used to distribut more Informations about Austria to Namibians and to facilitate contacts and networking. New ideas and support of any type are most welcome.



Das Buch zum Thema:

Österreich und Namibia

Walter Sauer (Hg.):

Wien – Windhoek retour. 150 Jahre Beziehungen zwischen Österreich und Namibia (Studien zum Südlichen Afrika, Bd. 9, Wien 2008). 160 Seiten. Mit Beiträgen von Alexander Schober, Manuela Macala, Ulrike Gomelsky, Brigitte Öppinger-Walchshofer, HORIZONT 3000 und des Herausgebers.

Erhältlich beim Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC), Tel. 01/505 44 84 bzw. e-Mail: [office@sadocc.at](mailto:office@sadocc.at) zum Preis von Euro 15.- plus Porto.

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber (Verleger): Österreichische Namibia-Gesellschaft (c/o SADOCC, 1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1).

e-Mail: [namibia@sadocc.at](mailto:namibia@sadocc.at).

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. Redaktion: Astrid Esterlus, Peter Hemmelmayr, Walter Sauer.

Wien 2010